



## **Beratendes Mitglied**

Herr Uwe Geisler	unentschuldigt
Herr Kai Grünler	entschuldigt
Frau Maria Koch	unentschuldigt
Herr Mario Schreiter	unentschuldigt

## **Mitglieder der Verwaltung**

<b>Name</b>	<b>Funktion</b>	<b>Anwesenheitsgrund</b>
Frau Blume-Brake	Leiterin FG Personal/Organisation	gesamte Sitzung
Frau Friedländer-Schmidt	Leiterin FG Bürgerbüro/Service/Wahlen	TOP 2.1.
Herr Grimm	Koordinator Digitalisierung	TOP 7. nichtöffentl. Teil
Herr Krämer	Leiter Büro Oberbürgermeister	gesamte Sitzung
Herr Leonhardt	Gesamtpersonalrat	TOP 3.1.
Herr Scheibner	Leiter Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung

## **weitere Sitzungsteilnehmer**

<b>Name</b>	<b>Anwesenheitsgrund</b>
Frau Nancy Dietrich, Freie Presse	Berichterstattung öffentl. Teil

## **Tagesordnung – öffentlicher Teil:**

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 20. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 08.12.2021
- 1.3. Beantwortung von Anfragen
- 1.4. Informationen des Oberbürgermeisters
- 2. Information**
- 2.1. Auswertung Mängelmelder  
***Drucksachenummer: 0531/2022***
- 3. Vorberatung**
- 3.1. Änderung der Geschäftskreise der Bürgermeister  
***Drucksachenummer: 0546/2022***  
- Antrag der FDP-Fraktion, ***Reg.-Nr. 238-22***
4. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Erarbeitung einer ganzheitlichen Digitalstrategie -, ***Reg.-Nr. 222-21*** - Stellungnahme der Verwaltung
5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

### **1. Eröffnung der Sitzung**

Die 21. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird von Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift werden Stadtrat Stefan Golle, CDU-Fraktion, und Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, gebeten.

Zu Beginn der heutigen Sitzung wurden für den TOP 3.1. noch neun Anträge der FPD-Fraktion (**Reg.-Nr. 240-22** bis **Reg.-Nr. 248-22**) sowie zwei Anträge der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion (**Reg.-Nr. 250-22** und **Reg.-Nr. 251-22**) ausgereicht.

### **1.1. Tagesordnung**

Die Tagesordnung für die 21. öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses wird bestätigt.

### **1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 20. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 08.12.2021**

Bürgermeisterin Wolf stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über die 20. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 08.12.2021 - öffentlicher Teil- fest.

### **1.3. Beantwortung von Anfragen**

keine offenen Anfragen

### **1.4. Informationen des Oberbürgermeisters**

Bürgermeisterin Wolf informiert über die Gründung des Fördervereines zum Erhalt und zur Entwicklung des Geländes der ehemaligen Sternquellbrauerei „Stern-KuLT e. V.“ im März 2022. Die Stadt Plauen möchte Mitglied in diesem Förderverein werden, da es ihr sehr wichtig ist, an der Entwicklung des Sternquellareals mitzuarbeiten.

Der Jahresbeitrag beträgt 100,00 EUR.

Weitere Mitglieder des Vereines werden sein:

Herr Werner Poller, Stifter der Werner Poller Stiftung,  
Herr René Meinel-Poller, Werner Poller Stiftung,  
Herr Jan Gerbeth, Geschäftsführer Sternquell-Brauerei,  
Herr Christian Suhr, Architekt und VOWAG-Experte,  
Herr Steffen Seidel, Bauunternehmer,  
Herr Matthias Gräf, Immobilienverwalter und Makler,  
Herr Bernd Goerke, Museumsverein und Ansprechpartner für die VOWAG-Themen,  
Herr Manuel Bendig, Gastrofabrik und  
Herr Kay Werner, Rechtsanwalt.

Stiftungszwecke sollen die Unterstützung der gemeinnützigen Werner-Poller-Stiftung beim Erhalt und der Entwicklung des ehemaligen Geländes der Sternquellbrauerei sein, die Wahrung industriehistorischer und regionaler Bedeutung des Brauereigeländes, die Durchführung von Veranstaltungen zur Vermittlung von Industriekultur und Industriegeschichte in Bezug auf das Gelände sowie die Entwicklung weiterer Nutzungskonzepte für das Gelände und die Gestaltung des ehemaligen Brauereigeländes als attraktiven Ort des Zusammenkommens von Bildung, Kunst und Bewahrung der industriegeschichtlichen und kulturellen Aspekte. Für die Stadt Plauen sei es wichtig, auch auf die Umfeld-Gestaltung zu achten sowie auf das Zusammenspiel mit den bereits vorhandenen Attraktionen Parkeisenbahn und Jumicar. Gleichzeitig soll das Thema öffentlicher Toiletten vor Ort geklärt werden.

Eine entsprechende Verwaltungsvorlage soll am 21.02.2022 dem Ältestenrat zur Kenntnis gegeben und in der Stadtratssitzung am 01.03.2022 zum Beschluss vorgelegt werden.

## **2. Information**

### **2.1. Auswertung Mängelmelder**

*Drucksachenummer: 0531/2022*

Frau Nadja Friedländer-Schmidt, Leiterin FG Bürgerbüro/Service/Wahlen, erläutert anhand einer Präsentation den aktuellen Stand sowie die Veränderungen in den Kategorien bzw. der Neuordnung einzelner Bereiche.

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, bedankt sich für die Darstellung. Er möchte wissen, wie lange die Bearbeitung einer Mängelmeldung bzw. Beseitigung des Mangels dauert.

Frau Friedländer-Schmidt gibt an, dass dies abhängig vom Mängel ist.

Stadtrat Schmidt fragt an, ob der Bürger bei einer längeren Bearbeitungsdauer einen Zwischenbericht erhält und will wissen, wie man perspektivisch mit Verunreinigungen durch Graffiti umgeht.

Frau Friedländer-Schmidt antwortet, dass es im Mängelmelder die Möglichkeit für Kurzmitteilungen gibt. Bezüglich Graffiti-Problematik verweist sie an Herrn Zabel, Kommunaler Präventionsrat (KPR). Hierzu wurde sich geeinigt, dass diese Meldungen nicht online gestellt werden, um Wiederholungstaten zu verhindern.

Bürgermeisterin Wolf teilt mit, dass sicherlich eine Schutzschicht möglich, diese jedoch kostenintensiv ist und sich mit der Zeit abschwächt. Die mehrmalige Entfernung ist hier die bessere Alternative. Trotz dessen gibt es zurückgehend auf einen Vorschlag der AfD-Fraktion ein kleines Budget und es konnte bereits bei größeren Flächen eine Schutzschicht aufgebracht werden.

Stadtrat Gerald Schumann, Fraktionsvorsitzender der AfD-Fraktion, bedankt sich bei Frau Friedländer-Schmidt und fragt nach, ob zum Schwerpunkt Container-Standplätze eine bessere Zusammenarbeit mit dem Landkreis erreicht werden konnte.

Frau Friedländer-Schmidt antwortet, dass es natürlich über Weihnachten immer vermehrt zu Beschwerden wegen überfüllter Container-Standplätze kommt. Sie verweist dazu an das FG Allg. Ordnungsangelegenheiten.

Bürgermeisterin Wolf informiert dazu, dass zahlreiche Gegenmaßnahmen ergriffen wurden. Beispielweise hat Herr Zabel in Häusern im Umfeld vermüllter Standplätze Aushänge gemacht. Die Zusammenarbeit mit der KEV wurde aktiviert. Des Weiteren ist nicht immer das Landratsamt, sondern der Grundstückseigentümer für die Beseitigung des illegalen Mülls zuständig. Sie informiert, dass ein Auftragsmanagementsystem angeschafft werden soll und erläutert kurz die Funktionsweise. Es gibt keine weitere Wortmeldung.

#### **Information:**

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die „Zusammenfassung der Meldungen im Mängelmelder der Stadt Plauen zum Stand 31.12.2021, 23:59 Uhr“ zur Kenntnis.

## **3. Vorberatung**

### **3.1. Änderung der Geschäftskreise der Bürgermeister**

*Drucksachenummer: 0546/2022*

Zu Beginn der heutigen Sitzung wurden noch verschiedene Anträge der FDP-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion zu diesem Tagesordnungspunkt ausgereicht.

Bürgermeisterin Wolf teilt mit, dass diese Verwaltungsvorlage gemeinsam mit dem Fachgebiet Personal/Organisation erarbeitet wurde. Eingebunden waren der Oberbürgermeister, die beiden Bürgermeister und die Mitarbeiterinnen des Bereiches Controlling. Die Vorlage wurden mit dem Fachbereich Finanzverwaltung, mit dem Personalrat und mit den Fachgebietsleitern der Fachgebiete, die von den Strukturänderungen betroffen sind, abgestimmt. Sie weist darauf hin, dass mit der Vorlage keine Änderungen (neue Stellen bzw. Stellenstreichungen) im Stellenplan vorgesehen sind, sondern dass es im weitesten Sinne um die Zuordnung der Stellen zu den Geschäftsbereichen geht. Wichtig für die Verwaltung sei, dass der Beschluss zur Vorlage zeitnah erfolgt, da es erforderlich sei, die Mitarbeitergespräche aktivieren zu können. Es sei der ausdrückliche Wunsch der Kämmerin, damit man zeitnah mit der Planung des nächsten Doppelhaushaltes beginnen kann.

Bürgermeisterin Wolf bittet an dieser Stelle eindringlich darum, dass auch für die kommenden Jahre wieder ein Doppelhaushalt beschlossen wird, da dies große Vorteile u. a. bei den Ausschreibungen bringt. Der Start der Haushaltsplanung ist für April 2022 vorgesehen. Somit wäre die nochmalige Beteiligung aller Ausschüsse an dieser Vorlage (wie im Antrag der FDP-Fraktion, **Reg.-Nr. 238-22** gefordert) nicht von Vorteil. Bei einer nochmaligen Verschiebung wäre mit einer Beschlussfassung durch den Stadtrat zu dieser Vorlage nach Ausführungen von Bürgermeisterin Wolf nicht vor dem 03.05.2022 zu rechnen. Erst danach könnten die betroffenen Beschäftigten informiert und mit der Haushaltsplanung begonnen werden. Insgesamt seien 1.500 Buchungskombinationen bezüglich der geplanten Umstrukturierung zu aktualisieren bzw. einzurichten. Es müssen Kostenträger angelegt, Kostenstellen sowie Berechtigungen geändert und Verknüpfungen mit Budgets hergestellt werden. Im Oktober 2022 soll die 1. Lesung des Haushaltsplanentwurfes vorgelegt und im Januar 2023 die Beschlussfassung durchgeführt werden.

Weiterhin führt Bürgermeisterin Wolf aus, dass es wichtig sei, den Beschluss zu dieser Vorlage zeitnah auf den Weg zu bringen, weil innerhalb des Hauses Projekte zur Prozessoptimierung anlaufen sollen. Ziel ist es, die Verwaltung zu straffen, um z. B. auf die geringe Bewerberzahl zu reagieren. Es gäbe eine Vielzahl von Verwaltungsverfahren, die nur mit einer effizienten Personalstruktur abzarbeiten sind.

Bürgermeisterin Wolf ruft nunmehr den Antrag der FDP-Fraktion, **Reg.-Nr. 238-22**, zur Vorberatung auf.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, erläutert den Antrag seiner Fraktion. Er vertritt die Meinung, dass bei einer so tiefgreifenden und weitreichenden Entscheidung während des Beratungsprozesses natürlich Fragen auftreten, welche geklärt werden sollten. Er verweist an dieser Stelle auf folgenden Satz aus der Stellungnahme der Verwaltung: *„Die Termine sind zum Teil auch bzgl. der Urlaubsplanung in der Leitungsebene im Haus bereits abgestimmt.“* Diese Begründung kann er nur zur Kenntnis nehmen. Wenn die Verwaltung bei einer Verschiebung dieser Beschlussfassung von 4 Wochen überfordert sei, dann könne er dies auch nur zur Kenntnis nehmen. Stadtrat Gerbeth bittet eindringlich darum, sich für diese weitreichenden Entscheidungen Zeit für nochmalige Beratungen zu nehmen. Ansonsten würde seiner Meinung nach die Gefahr bestehen, dass Unfrieden gestiftet und die Zusammenarbeit des Stadtrates mit der Verwaltung unter dieser neuen Struktur möglicherweise großen Belastungen ausgesetzt würde.

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, hätte sich auch mehr Zeit gewünscht, um dieses Thema beraten zu können. Prinzipiell steht seine Fraktion einer Verschiebung der Entscheidung offen gegenüber aber nur dann, wenn diese Entscheidung nicht blockierend auf den Doppelhaushalt wirkt. Er hätte dazu gerne eine Information der Verwaltung, ob es den Doppelhaushalt berühren würde bzw. ob es problematisch ist, diesen erst im nächsten Jahr zu beschließen.

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, kann die Intention des Antrages der FDP-Fraktion nicht nachvollziehen. Er verweist auf den nichtöffentlichen Teil des letzten Verwaltungsausschusses im Dezember 2021. Dort wurden die Änderungen diskutiert und schlüssig dargelegt. Er merkt an, dass der Verwaltungsausschuss für dieses Thema zuständig ist und aus diesem Grund hält er eine Beratung in allen Ausschüssen für nicht erforderlich. Er befürchtet eine Gefährdung der Zeitschiene der Beschlussfassung des Doppelhaushalts und plädiert für zeitnahe Abstimmung über die Vorlage.

Stadtrat Gerald Schumann, Fraktionsvorsitzender der AfD-Fraktion, spricht sich ebenfalls gegen den Antrag der FDP-Fraktion aus. Er informiert, dass bereits Anfang Januar dazu Gespräche mit Frau Blume-Brake und Frau Pissors, FG Personal/Organisation, stattfanden. Seine Fraktion hat sich intensiv damit beschäftigt und hält die neue Aufteilung ebenfalls für schlüssig.

Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE, spricht sich für den Antrag aus, unter der Voraussetzung, dass der Doppelhaushalt nicht gefährdet wird. Sie schlägt vor, bestimmte Veränderungen in dem dafür zuständigen Fachausschuss zu diskutieren.

Bürgermeisterin Wolf antwortet auf die Frage von Stadtrat Holtschke, dass Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, bei einer Verschiebung der Beschlussfassung zu den Geschäftskreisen nicht zusichern kann, dass im Oktober 2022 der 1. Entwurf des Haushaltsplanes vorliegt. Sie erläutert die umfangreichen Arbeiten bzw. Diskussionen im Rahmen der Planaufstellung. Sie versichert, dass der Oberbürgermeister auch zukünftig Zugriff auf alle Bereiche hat, auch wenn diese den beiden Bürgermeistern zugeordnet sind.

Stadtrat Gerbeth merkt an, dass über den Antrag und die Vorlage demokratisch entschieden wird. Das Ergebnis wird er dann akzeptieren. Er sieht ebenfalls einen hohen Umstellungsaufwand, ist aber der Meinung, dass hier eine schnelle Entscheidung erzwungen werden soll. Er gibt zu bedenken, dass es auch am 29.03.2022 noch eine Stadtratssitzung gibt.

Bürgermeisterin Wolf entgegnet Stadtrat Gerbeth, dass die Sitzung am 29.03.2022 nicht realisierbar ist, wenn die Strukturveränderung in allen Ausschüssen vorberaten werden sollen. Hierbei könnten die entsprechenden Ladungsfristen nicht eingehalten werden.

Bürgermeisterin Wolf sieht keine weiteren Wortmeldungen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen über den **Antrag der FDP-Fraktion, Reg.-Nr. 238-22** wie folgt ab.

#### **Beschlussvorschlag:**

Die FDP-Fraktion beantragt, die Vorlage „Organisationsentwicklung in der Stadt Plauen - Änderung der Geschäftskreise der Bürgermeister“ vor einer endgültigen Beratung und Beschlussfassung im Stadtrat der Stadt Plauen noch einmal auf die Tagesordnung aller Ausschüsse des Stadtrates zu setzen.

**Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen; 5 Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen**

Bürgermeisterin Wolf verliert den **Antrag der FDP-Fraktion, Reg.-Nr. 240-22** und bittet den Antragsteller um seine Stellungnahme.

Stadtrat Geberth erläutert den Antrag seiner Fraktion kurz.

Frau Blume-Brake, Leiterin FG Personal/Organisation, informiert, dass im Vorfeld mit allen Beteiligten einschließlich der Kämmerei Gespräche geführt wurden. Sie merkt an, dass der Stellenplan 2022 beschlossen ist und Änderung erst in 2023 erfolgen sollen, jedoch wird es keinen Stellenaufwuchs geben.

Bürgermeisterin Wolf sieht keine weiteren Wortmeldungen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen über den **Antrag der FDP-Fraktion, Reg.-Nr. 240-22** wie folgt ab.

**Beschlussvorschlag:**

Dem Stadtrat ist vor einer Beschlussfassung eine Bewertung der vorgeschlagenen Änderungen durch die Finanzverwaltung/Kämmerei vorzulegen. Insbesondere sollte diese Stellungnahme Aussagen zu den finanziellen Auswirkungen der beabsichtigten Änderungen enthalten.

**Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme; 5 Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen**

Bürgermeisterin Wolf verliest den **Antrag der FDP-Fraktion, Reg.-Nr. 241-22** und bittet Stadtrat Gerbeth um seine Stellungnahme.

Stadtrat Geberth erläutert den Antrag seiner Fraktion kurz.

Frau Blume-Brake verweist auf ihre Aussagen zum vorgenannten Antrag und ergänzt, dass nach Eingang der Anträge kurzfristig eine Beratung mit allen Beteiligten erfolgt ist. Eine schriftliche Stellungnahme kann auf Wunsch nachgereicht werden.

Stadtrat Holtschke merkt an, dass eine Abstimmung über die Anträge der FDP-Fraktion nur sinnvoll ist, wenn dem ersten Antrag zugestimmt worden wäre. Er fragt an, ob die Verwaltung bis zur nächsten Stadtratssitzung am 01.03.2022 die Anträge erfüllen könnte.

Frau Blume-Brake antwortet, dass sicherlich ein Statement von den einzelnen Bereichen erstellt werden kann, dieses aber nichts anderes aussagt, wie von ihr vorgetragen. Sie möchte wissen, was damit bezweckt werden soll.

Stadtrat Schmidt stellt klar, dass die Anträge keinen Sinn machen, da die aufgeworfenen Fragen der Anträge der FDP-Fraktion bereits in der ersten Befassung im Verwaltungsausschuss im Dezember 2021 vom Oberbürgermeister Zenner geklärt wurden.

Stadtrat Gerbeth stellt fest, dass es sich nur in den ersten drei Anträgen um Stellungnahmen handelt. Er hätte gerne vom Controlling, Personalrat und von der Kämmerei schriftlich oder zur Stadtratssitzung mündlich eine Stellungnahme, dass den Veränderungen aus fachlicher Sicht nichts entgegensteht.

Bürgermeisterin Wolf merkt an, dass es sich hierbei um Anträge handelt, die zurückgezogen oder abgestimmt werden müssen, ansonsten handle es sich um Anfragen, die entsprechend beantwortet werden können. Auf Grund der Kürze der Zeit konnte eine Beantwortung nur mündlich im Ausschuss erfolgen.

Stadtrat Gerbeth möchte ein kurzes Statement von den o.g. Bereichen, auch wenn die Anträge abgelehnt werden.

Bürgermeisterin Wolf schlägt vor, ohne Diskussionen über die Anträge der FDP-Fraktion abzustimmen und, dass bis zum Stadtrat die entsprechende Zuarbeit der Bereiche erfolgt. Sie sieht keine weiteren Wortmeldungen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen über die beiden **Anträge der FDP-Fraktion, Reg.-Nr. 241-22 und 242-22** wie folgt ab.

**Beschlussvorschlag Reg.-Nr. 241-22:**

Dem Stadtrat ist vor einer Beschlussfassung eine Bewertung der vorgeschlagenen Änderungen durch die Mitarbeiter des Controllings vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen; 6 Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung**

**Beschlussvorschlag Reg.-Nr. 242-22:**

Dem Stadtrat ist vor einer Beschlussfassung eine Bewertung der beziehungsweise eine Stellungnahme zu den vorgeschlagenen Änderungen durch den Personalrat vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen; 6 Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung**

Bürgermeisterin Wolf verliest den **Antrag der FDP-Fraktion, Reg.-Nr. 243-22** und merkt an, dass dieser gleichlautend mit **Punkt 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE., Reg.-Nr. 249-22** ist. Sie bittet die Antragsteller um Stellungnahme.

Stadtrat Geberth sieht hier die größten Schnittmengen zwischen Kulturreferat und GB I.

Stadträtin Seidel ist mit der Stellungnahme der Verwaltung unzufrieden und sieht noch Diskussionsbedarf. Ihre Fraktion ist ebenfalls der Meinung, dass das Kulturreferat im GB I verbleiben sollte.

Bürgermeisterin Wolf informiert, dass der Oberbürgermeister eine direkte Zusammenarbeit mit dem Kulturreferat wünscht. Sie erläutert die Zusammensetzung des Kulturkonvents bzw. Beirates.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, nennt die Funktionen des Oberbürgermeisters im Kulturraum und erläutert die wichtige Zusammenarbeit mit dem Kulturreferat. Seine Fraktion freut sich, dass die Kultur zur Chefsache wird.

Bürgermeisterin Wolf sieht keine weiteren Wortmeldungen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen über den **Antrag der FDP-Fraktion, Reg.-Nr. 243-22**, sowie **Punkt 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE., Reg.-Nr. 249-22**, wie folgt ab:

**Beschlussvorschlag Reg.-Nr. 243-22:**

Das Kulturreferat und der Kulturbetrieb werden beide in die Zuständigkeit des Bürgermeisters für den Geschäftsbereich I eingeordnet.

**Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen; 7 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**

**Beschlussvorschlag Punkt 1 Reg.-Nr. 249-22:**

Das Kulturreferat verbleibt im Geschäftsbereich I

**Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen; 7 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**

Bürgermeisterin Wolf verliest den **Punkt 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE., Reg.-Nr. 249-22** und fragt an, ob Stadträtin Seidel dazu Stellungnehmen will.

Stadträtin Seidel verneint dies.

Bürgermeisterin Wolf führt aus, dass es nicht zwingend erforderlich ist, dass das Fachgebiet Pass- und Meldewesen im FB Sicherheit und Ordnung angesiedelt werden muss. Intention ist es, dass ein Bürgerservice bereitgestellt wird.

Frau Blume-Brake ergänzt, dass die Schaffung eines Bürgerservice bereits im Organisationskonzept 2015 vorgesehen war.

Bürgermeisterin Wolf sieht keine weiteren Wortmeldungen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen über die den **Punkt 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE., Reg.-Nr. 249-22.** wie folgt ab:

**Beschlussvorschlag Punkt 2 Reg.-Nr. 249-22:**

Das Pass- und Meldewesen verbleibt im Geschäftsbereich II.

**Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme; 6 Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen**

Bürgermeisterin Wolf verliest den **Antrag der FDP-Fraktion, Reg.-Nr.244-22** und merkt an, dass der **Antrag der SGI-Fraktion, Reg.-Nr. 250-22** die gleiche Thematik betrifft.

Bürgermeisterin Wolf erläutert die Aufgaben des kommunalen Präventionsrates (KPR) und sieht die größten Synergien im GB I. Natürlich unterstützen alle Geschäftsbereiche diesen Rat.

Stadtrat Holtschke erläutert die herausragende Stellung des KPR, welcher der vollen Unterstützung des Oberbürgermeisters bedarf.

Bürgermeisterin Wolf sieht keine weiteren Wortmeldungen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen über den **Antrag der FDP-Fraktion, Reg.-Nr. 244-22** und den **Antrag der SGI-Fraktion, Reg.-Nr. 250-22** wie folgt ab:

**Beschlussvorschlag Reg.-Nr. 244-22:**

Die Geschäftsstelle Kommunaler Präventionsrat wird dem Geschäftsbereich II zugeordnet.

**Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme; 8 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**

**Beschlussvorschlag Reg.-Nr. 250-22**

Der Stadtrat beschließt die Einrichtung des Kommunalen Präventionsrates im Geschäftsbereich Oberbürgermeister.

**Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen; 5 Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung**

Bürgermeisterin Wolf verliest den **Antrag der FDP-Fraktion, Reg.-Nr. 245-22** und bittet den Antragsteller um Stellungnahme.

Stadtrat Gerbeth ist der Meinung, dass alle Mitarbeiter beider Fachgebiete in einem Bereich vereint werden sollen. Die Fraktion ist offen dafür, in welchem Geschäftsbereich dies erfolgen kann.

Bürgermeisterin Wolf erläutert die verschiedenen Aufgabengebiete. Ansprechpartner für neue Unternehmen im Rahmen der Wirtschaftsförderung sollte weiterhin der Oberbürgermeister bleiben.

Stadtrat Schmidt merkt an, dass in der Vergangenheit der Wirtschaftsförderer im GB II angesiedelt werden sollte, um Synergien mit der Stadtplanung zu erreichen. Damals war die FDP-Fraktion vehement dagegen. Der Oberbürgermeister a.D. Oberdorfer war der Meinung, dass Wirtschaftsförderung Chefsache ist und damit hat die CDU-Fraktion gute Erfahrungen gemacht.

Bürgermeisterin Wolf sieht keine weiteren Wortmeldungen

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen über den **Antrag der FDP-Fraktion Reg.-Nr. 245-22** wie folgt ab.

**Beschlussvorschlag**

Der Beauftragte für Wirtschaftsförderung wird ebenso wie der gesamte Bereich Wirtschaftsförderung dem Geschäftsbereich II und dort dem Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt zugeordnet.

**Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme; 8 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**

Bürgermeisterin Wolf verliert den **Antrag der FDP-Fraktion, Reg.-Nr. 246-22** und bittet den Antragsteller um Stellungnahme.

Stadtrat Gerbeth teilt mit, dass die Anträge von einer Mehrheit seiner Fraktion gestellt wurden. Sollten nachvollziehbare Argumente dagegen vorgebracht werden, kann dem auch zugestimmt werden. Seiner Meinung nach hat Tourismus eine hohe Wertigkeit und sollte somit im GB des Oberbürgermeisters angesiedelt werden. Er bittet um Erläuterungen.

Bürgermeisterin Wolf teilt mit, dass die Marktfestsetzung im FB Sicherheit und Ordnung verbleibt und die Marktorganisation zum Tourismus bzw. in den GB I gehören sollte.

Bürgermeisterin Wolf sieht keine weiteren Wortmeldungen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen über den **Antrag der FDP-Fraktion Reg.-Nr. 246-22** wie folgt ab:

**Beschlussvorschlag:**

Die Zuständigkeit für Tourismus und Marktwesen sind zu trennen. Das Marktwesen ist dem Geschäftsbereich II zuzuordnen. Tourismus ist als eigene Stabsstelle vorzugsweise im Geschäftsbereich Oberbürgermeister anzusiedeln.

**Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme; 6 Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen**

Bürgermeisterin Wolf verliert den **Antrag der FDP-Fraktion, Reg.-Nr. 247-22** und bittet Frau Blume-Brake um Stellungnahme.

Frau Blume-Brake erläutert, dass die Statistikstelle fachgebietsübergreifende Erhebungen vornimmt und somit bei der Personal- und Hauptverwaltung eingerichtet werden sollte.

Bürgermeisterin Wolf sieht keine weiteren Wortmeldungen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen über den **Antrag der FDP-Fraktion Reg.-Nr. 247-22** wie folgt ab.

**Beschlussvorschlag:**

Die Kommunale Statistikstelle wird dem Geschäftsbereich I und dort dem Fachbereich Bürgerservice zugeordnet.

**Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme; 7 Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung**

Bürgermeisterin Wolf verliest den **Antrag der FDP-Fraktion, Reg.-Nr. 248-22** und bittet den Antragsteller um Stellungnahme.

Stadtrat Gerbeth schlägt vor, auf eine Abstimmung zu verzichten, wenn im Stadtrat dazu fachliche Ausführungen erfolgen.

Bürgermeisterin Wolf stimmt dem zu und sieht keine weiteren Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag des Antrags, Reg.-Nr. 248-22:**

Der Oberbürgermeister und/oder der Leiter des Fachgebietes Informationstechnik werden um nochmalige nähere Erläuterung zur Ansiedlung der mit dem Thema IT befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in verschiedenen Geschäftsbereichen gebeten.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen über den **Antrag der FDP-Fraktion Reg.-Nr. 248-22** nicht ab.

Bürgermeisterin Wolf verliest den Antrag der **SGI-Fraktion, Reg.-Nr. 251-22** und bittet den Antragsteller um Stellungnahme.

Stadtrat Holtschke erläutert, dass die Digitalisierung eine fachgebietsübergreifende Aufgabe ist und dieser Prozess die volle Unterstützung des Oberbürgermeisters benötigt.

Frau Blume-Brake informiert über die derzeitige Situation und ist der Meinung, dass die Digitalisierung auch die Stadtverwaltung selbst betrifft und somit in einem sogenannten Hauptamt gut angegliedert ist. Sie nennt die Nachteile einer Stabsstelle.

Bürgermeisterin Wolf sieht keine weiteren Wortmeldungen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen über den **Antrag der FDP-Fraktion, Reg.-Nr. 251-22** wie folgt ab.

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die Einrichtung des Koordinators für Digitalisierung im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters als Stabsstelle.

**Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen; 5 Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen**

Bürgermeisterin Wolf sieht keine weiteren Wortmeldungen und stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage dieses TOP's zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage, **Drucksachennummer: 0546/2022**, zu.

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Änderung der Geschäftskreise der Bürgermeister ab 01.03.2022 mit der abschließenden Umsetzung zum 01.01.2023.

**Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme; 3 Stimmenthaltungen**

**4. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Erarbeitung einer ganzheitlichen Digitalstrategie -, Reg.-Nr. 222-21 - Stellungnahme der Verwaltung**

Bürgermeisterin Wolf verliest den Antragstext und bittet um Stellungnahme des Antragstellers.

Stadtrat Eric Holtschke, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion. Er teilt mit, dass der Gesamtprozess wichtig ist und alle Akteure mitgenommen werden müssen. Speziell für die Schulen sollte eine Arbeitsgruppe gegründet werden, um einen gleichen Stand der Digitalisierung der Plauener Schulen zu erreichen.

Herr Grimm, Koordinator Digitalisierung, führt aus, dass der Antrag bereits im Bildungs- und Sozialausschuss diskutiert wurde und eine entsprechende Digitalagenda vorliegt. Es ist jedoch nicht vorgesehen diese in den Ausschüssen vorzustellen, da sich derzeit noch kein zentrales Gremium mit diesem Thema befasst. Er schlägt vor, dass durch die Stadträte ein entsprechendes Gremium gegründet wird. Er möchte die IT-Strategie ganzheitlicher betrachten und hat keine Bedenken, wenn die Koordinierung für Digitalisierung der IT angegliedert wird. Er teilt mit, dass bereits jetzt gut zusammengearbeitet wird. Er wünscht sich mehr fachliches Feedback und ein Gremium, um auf fachlicher Ebene diskutieren zu können. Er teilt mit, dass vorgesehen ist, den Antrag umzusetzen, nur in etwas anderer Form und mit weiteren Akteuren. Es soll eine Arbeitsgruppe mit entsprechenden Unterarbeitsgruppen geben, welche die einzelnen Themen der Digitalisierung fachlich diskutieren. In den entsprechenden Ausschüssen soll eine Vorstellung der Ergebnisse erfolgen. Dazu wird es eine entsprechende Vorlage bzw. Information in den Ausschüssen geben.

Bürgermeisterin Wolf fragt den Antragsteller, ob der Antrag an den Stadtrat weitergegeben werden soll oder ob er mit den Ausführungen von Herrn Grimm zufrieden ist.

Stadtrat Holtschke geht davon aus, dass der Antrag somit umgesetzt wird und eine Abstimmung folglich nicht mehr notwendig ist. Er fragt an, wann die AG gegründet wird und mit ersten Ergebnissen gerechnet werden kann. Weiterhin will er wissen, wie die konzeptionelle Umsetzung erfolgen soll.

Herr Grimm antwortet, dass dies derzeit mit dem Oberbürgermeister abgeklärt wird, so dass so schnell wie möglich eine Arbeitsgruppe gegründet werden kann. Zur Umsetzung möchte er sich derzeit noch nicht äußern.

Bürgermeisterin Wolf ergänzt, dass der Oberbürgermeister zum nächsten Verwaltungsausschuss zum zeitlichen Horizont informieren kann.

Stadtrat Gerald Schumann, Fraktionsvorsitzender der AfD-Fraktion, spricht sich für den Antrag aus. Er merkt an, dass der Arbeitskreis jedoch aus qualifizierten aber nicht zu vielen Mitgliedern bestehen sollte. Eine Beteiligung der Fraktionsmitglieder in den Arbeitsgruppen sieht er aus terminlicher Sicht kritisch. Er schlägt die Erarbeitung einer Strategie durch die Verwaltung und Abstimmung im Ausschuss vor.

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, schließt sich seinem Vorredner an und bedankt sich bei Herrn Grimm. Er sieht Nachholbedarf in Sachen Digitalisierung, stellt aber fest, dass die Verwaltung auf einem richtigen Weg ist. Er befürchtet, dass der gegründete Arbeitskreis nicht arbeitsfähig sein könnte.

Stadtrat Schmidt sieht hier die Verwaltung in der Pflicht und sichert entsprechend Unterstützung in den Ausschüssen zu.

Stadtrat Holtschke teilt mit, dass das Ansinnen war, die Ergebnisse der Arbeitsgruppe durch Teilnahme von Stadträten in die Fraktionen zu tragen.

Bürgermeisterin Wolf würde den Oberbürgermeister informieren, dass vorerst mit einer internen Arbeitsgruppe begonnen wird und Ergebnisse in den Ausschüssen bzw. im Stadtrat vorgestellt werden. Sie teilt mit, dass der Antrag somit nicht zur Stadtratssitzung zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Herr Grimm ergänzt, dass durch die Stadträte eine Priorisierung der wichtigen Themen vorgenommen werden sollte.

## **5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)**

keine Anfragen

Plauen, den

Plauen, den

Plauen, den

Kerstin Wolf  
Bürgermeisterin  
Geschäftsbereich II

Stefan Golle  
Stadtrat

Eric Holtschke  
Stadtrat

Plauen, den 22.02.2022

Plauen, den

Kristin Martin  
Schriftführerin

Peggy Glaß  
Schriftführerin